

Pastorin Dietlind Jochims, Flüchtlingsbeauftragte der Nordkirche, Shanghaiallee 12, 20457 Hamburg, dietlind.jochims@flucht.nordkirche.de

Hamburg, 05. August 2021

Sehr geehrter Erster Bürgermeister Tschentscher, sehr geehrter Innensenator Grote,

wir, die Arbeitsgemeinschaft Kirchliche Flüchtlingsarbeit in Hamburg, wenden uns an Sie in großer Sorge um die sich rapide weiter verschlechternde Situation der Menschen in Afghanistan und die wachsende Angst und Verunsicherung von afghanischen Schutzsuchenden in Hamburg.

Die dringende Bitte des afghanischen Flüchtlingsministeriums MoRR an die europäischen Regierungen, von weiteren Abschiebungen nach Kabul abzusehen, ist das jüngste Signal für die weiter eskalierende Lage in dem „unsichersten Land der Welt“ (Global Peace Index 2021, 2020, 2019, 2018). Allein im ersten Halbjahr 2021 ist die Zahl der zivilen Opfer in Afghanistan um 47% gestiegen. Das Land ist in großen Teilen wieder an die Taliban gefallen und wird bis auf die Hauptstadt Kabul faktisch von ihnen beherrscht (dlf, 21.07.2021) Mit dem Abzug der NATO-Kräfte beschleunigt und verstärkt sich diese Entwicklung.

Nach dem Wegfall der Hamburger „Senatorenregelung“ hat Hamburg Zurückhaltung geübt bei Abschiebungen nach Afghanistan. Das begrüßen wir. Wir bitten Sie aber sehr, sich für weitere Schritte einzusetzen, die unserer Auffassung nach notwendig sind:

Abschiebungen in Sicherheit und Würde nach Afghanistan sind weniger gewährleistet denn je. Finnland, Norwegen und Schweden haben mit einem befristeten Aussetzen von Abschiebungen auf den Appell des MoRR reagiert. Eine Abschiebung aus Österreich wurde diese Woche vom EGMR gestoppt. Deutschland hingegen hält weiter an der nächsten geplanten Abschiebung am 10. August fest. Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass auch die Bundesrepublik Deutschland einen bundesweiten Abschiebestopp erlässt.

Hilfsweise bitten wir, die Diskussion über mögliche ländereigene Abschiebemoratorien neu anzuregen.

Außerdem bitten wir Sie, sich für eine Ausweitung von Bleiberechtsregelungen stark zu machen, das Amt für Migration im Nutzen seiner bereits vorhandenen Ermessensspielräume zu ermutigen und Beratungen zur freiwilligen Ausreise zugunsten von intensiven Perspektivberatungen hin zu einem dauerhaften Aufenthalt hier zurückzustellen.

Mit freundlichen Grüßen für die AG Kirchliche Flüchtlingsarbeit Hamburg

